

Minderheit gestaltet die Gemeinde

Baar Rund 2 Prozent der Stimmberechtigten bestimmen an den Gemeindeversammlungen über die Politik. Der Gemeinderat sieht keine Notwendigkeit, das System zu überdenken. Aus Angst vor dem Machtverlust?

Samantha Taylor
samantha.taylor@zugerzeitung.ch

Braucht Baar ein Parlament? Nach der Abstimmung über das Unterfeld vom letzten Wochenende ist diese Frage wieder aktuell. Der Grund: Der Baarer Gemeinderat wurde vom knappen Nein eiskalt überrascht. In der Gemeinde wurden im Vorfeld der Abstimmung kaum Diskussionen geführt. Anders als in der Stadt Zug, die ebenfalls über das Vorhaben befand. Zugs Stadtpräsident Dolfi Müller äusserte bei der Verkündung der Resultate denn auch: «In Zug haben wir mit allem gerechnet. Wir haben halt ein Parlament, das die Diskussion angeheizt hat.»

Die Frage nach einem Baarer Gemeindeparlament stellt sich aber auch angesichts der Grösse der Gemeinde. Rund 23 500 Einwohner zählt Baar, rund 14 000 sind stimmberechtigt. An Gemeindeversammlungen sind im Schnitt laut Baars Gemeindepräsident Andreas Hotz zwischen 250 und 350 Personen anwesend. Ungefähr 2 Prozent der Stimmberechtigten treffen also die politischen Entscheide.

«Direkteste Demokratie» oder «unprofessionell»?

Die Frage teilt die Baarer Parteilandschaft. «Ich bin nicht der Ansicht, dass sich die Diskussion ums Unterfeld wesentlich anders gestaltet hätte mit einem Parlament», sagt CVP-Präsidentin Barbara Häseli. Das Baarer System mit den Kommissionen, die die Geschäfte des Gemeinderats prüfen, funktioniere gut. «Man könnte über die Kompetenzen und die Zusammensetzung der Kommissionen diskutieren», so Häseli. Heute ist es so, dass die Kommissionssitze proportional zur Anzahl der Sitze einer Partei im Gemeinderat berechnet werden.

Das würde auch SVP-Präsident Oliver Wandfluh unterstützen. «Man könnte die Kommissionen gemäss der Sitzverteilung der Parteien im Kantonsrat vergeben. So würde sich die Zusammensetzung ändern.» Ansonsten will Wandfluh am System festhalten. «Die Vorteile überwiegen: Die Kosten sind tiefer, wir können Geschäfte schnell umsetzen, und eine Gemeindeversammlung ist die



Seit Jahren nimmt nur ein kleiner Teil der Baarer an der Gemeindeversammlung teil.

Bild: Werner Schelbert (Baar, 13. Dezember 2012)

direkteste Form der Demokratie.» Die Bevölkerung schein mit den Entscheiden des Gemeinderats und der Versammlung zudem zufrieden. «Sonst würde sie wohl aktiv werden.»

Ein Parlament mache zum jetzigen Zeitpunkt keinen Sinn. Diese Auffassung vertritt FDP-Präsident Michael Arnold. «Bisher hat sich das System bewährt. Auch weil die Entscheide des Gemeinderats sowohl an der Gemeindeversammlung wie auch meist an Urnenabstimmungen bestätigt wurden.» Ganz anders sehen dies SP, GLP und die Alternativ-die Grünen (ALG). «Ein Parlament wäre bei der Grösse von Baar längst fällig», sagt ALG-Präsidentin Anna Lustenberger ohne Umschweife. Es sei eine Möglichkeit, die kleineren Parteien besser einzu-

binden. «Und die Zahl der Anwesenden bei einer Gemeindeversammlung ist nicht repräsentativ für den Volkswillen.»

«In Baar wird nach wie vor eine Dorfpolitik betrieben, als hätten wir 2500 Einwohner. Das ist nicht professionell», wird Bernadette Hölzl, Präsidentin der Ortssektion der GLP, deutlich. Die GLP habe das Thema bereits einmal aufs Tapet gebracht. «Und wir werden es demnächst wiedertun. So wie es heute ist, bestimmt der Gemeinderat fast im Alleingang die Politik. Das ist für eine Stadt wie Baar nicht tragbar.»

Eine Gemeindeversammlung mache nur Sinn, wenn die Gemeinde über eine überschaubare Einwohnerzahl verfüge und die Versammlung einigermassen gut besucht sei. Beides sei in Baar nicht der

Fall, bilanziert SP-Präsident Zari Dzaferi. «Die Legislative muss als Gegengewicht zur Exekutive, dem Gemeinderat, gestärkt werden.» Für Dzaferi ist klar, dass der Gemeinderat auch aus «politischem Kalkül» am heutigen System festhalte. «Ein Parlament bedeutet für ihn eine Art Machtverlust, und es bringt womöglich etwas mehr Aufwand. Es ermöglicht aber auch einen echten Diskurs und wäre darum wichtig.»

Gemeindepräsident sieht «keinen Mehrwert»

Am Baarer Gemeinderat prallt diese Kritik ab. «Baar lebt sehr gut ohne ein Parlament, und ich sehe in einem solchen Gremium auch keinen Mehrwert für die Gemeinde», sagt Gemeindepräsident

Urne statt Versammlung

Die Abschaffung der Gemeindeversammlung beschäftigt auch andere Kommunen. Im Kanton Luzern haben einige ihr System angepasst und eine neue Lösung gefunden. Statt Gemeindeversammlungen werden unter anderem in Hochdorf (rund 9000 Einwohner) oder seit kurzem auch in Ebikon (rund 13000 Einwohner) Urnenabstimmungen abgehalten.

«Wir haben dieses System in den 1920er-Jahren als Erste eingeführt», sagt Hochdorfs Gemeindeglied Thomas Bühlmann. Es werde von der Bevölkerung geschätzt. Erst im Jahr 2006 habe man eine Evaluation durchgeführt und die Bevölkerung gefragt, ob sie das System ändern wolle. Eine grosse Mehrheit habe sich dafür ausgesprochen. «Das System macht auch Sinn: Die Stimmbeteiligung liegt jeweils zwischen 40 und 50 Prozent. Das ist wesentlich mehr als bei Gemeindeversammlungen.»

Das System der Luzerner Gemeinden sieht Baars Gemeindepräsident Andreas Hotz als denkbare Möglichkeit für Baar. Hotz betont jedoch: «Wir praktizieren das mit den Urnenabstimmungen zu umstrittenen Geschäften ja bereits.» Er glaube darum nicht, dass eine generelle Umstellung nötig sei. (st)

Andreas Hotz. Die Baarer Politik und die Baarer Exekutive seien sehr transparent und dank dem heutigen System auch effizient. Die Parteien würden durch die Kommissionen in den politischen Prozess eingebunden. Der Baarer Gemeinderat bringe zudem umstrittene Geschäfte immer an die Urne. «Das tun wir freiwillig. So kann die Bevölkerung Einfluss nehmen», betont Hotz. Die Frage, ob sich der Gemeinderat gegen ein Parlament sträube, weil man einen Machtverlust und mehr Aufwand befürchte, verneint Hotz vehement. Das habe andere Gründe: «Ein Parlament ist verwaltungsgetrieben und würde die Prozesse verlangsamen. Zudem fördern die Gemeindeversammlungen den Zusammenhalt im Dorf.»

Nachgefragt

«Ein Parlament würde sicher die Qualität steigern»

Die Gemeinde Baar ist eine der grössten Gemeinden in der Schweiz, die nicht über ein Parlament verfügt. Olivier Dolder, Politikwissenschaftler bei Interface – Politikstudien, Forschung, Beratung in Luzern, erklärt, welche Konsequenzen das hat.

Olivier Dolder, welche Folgen hat das Fehlen des Parlaments in der Gemeinde Baar für den demokratischen Prozess?

Die Gemeindeversammlung ist zwar die direkteste Form der Demokratie, aber auch eine sehr aufwendige für die Bürgerinnen und Bürger. Gerade bei grossen Gemeinden nimmt nur noch ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung an der Gemeindeversammlung teil. Es besteht somit die Gefahr von Zufallsentscheiden. Ein Parlament bietet hier eine Lösung,

da es die gesamte Bevölkerung repräsentiert. Ein Parlament kann die Politik des Gemeinderats zudem systematisch und kompetent begleiten. Es kann somit die Politik auch aktiver mitgestalten, als das die Bevölkerung kann. Es wird zu einem kritischen Mitspieler in der Gemeindepolitik und schränkt die Macht des Gemeinderats ein.

Sollte die Gemeinde Baar also ihr System umstellen?

Baar ist nach Rapperswil-Jona die grösste Schweizer Gemeinde ohne Parlament. Zudem hat Baar mehr Einwohner als der Kanton Appenzell Innerrhoden. Einer so grossen Gemeinde wie Baar würde ein Parlament gut stehen. Nicht nur der Gemeinderat, sondern auch gut informierte Parlamentarierinnen und Parlamentarier bestimmen dann die Gemeinde-

politik. Die Qualität des politischen Prozesses würde in der Gemeinde so gesteigert. Ein Parlamentsbetrieb würde zwar Kosten verursachen, aber eine gut funktionierende Demokratie darf auch etwas kosten.



Der Politikwissenschaftler Olivier Dolder.

Bild: PD

Warum tut sich Baar schwer damit, die alten Strukturen aufzulösen? Hat das mit der Angst des Gemeinderats vor Machtverlust zu tun?

Ganz grundsätzlich kann man feststellen, dass es nicht ungewöhnlich ist, dass man den Status quo gerne beibehalten möchte. Das ist eine Tendenz bei vielen politischen Geschäften. In Baar funktioniert der Status quo ja grundsätzlich. Man weiss, was man hat und wie das System funktioniert und sich verhält. Dass sich der Gemeinderat kritisch zeigt, ist nachvollziehbar. Denn er würde ganz bestimmt ein Stück seiner Macht einbüßen. Er müsste, wie bereits erwähnt, die Gemeindepolitik neu zusammen mit einem kritischeren Mitspieler, dem Parlament, gestalten. Für den Baarer Gemeinderat würde das also auch mehr Arbeit bedeuten.

Wäre das Modell mit Urnenabstimmungen statt Gemeindeversammlungen eine Alternative? Mehrere Gemeinden im Kanton Luzern – etwa Hochdorf und Ebikon – betreiben dieses ja bereits.

Diesem Modell stehe ich kritisch gegenüber. Zwar ist die Stimmbeteiligung bei Urnenabstimmungen deutlich höher als an den Gemeindeversammlungen. Aber zur Demokratie gehört nicht nur diese quantitative Komponente, sondern auch die politische Debatte und die Lösungsfindung im Dialog mit der Legislative. Ohne eine Gemeindeversammlung und ohne ein Parlament fehlt ein Gefäss für ebendiese Debatte und Lösungsfindung. An der Urne können die Bürgerinnen und Bürger nur noch Ja oder Nein sagen, und der Gemeinderat muss sich der Diskussion so gar nicht mehr stellen. (st)